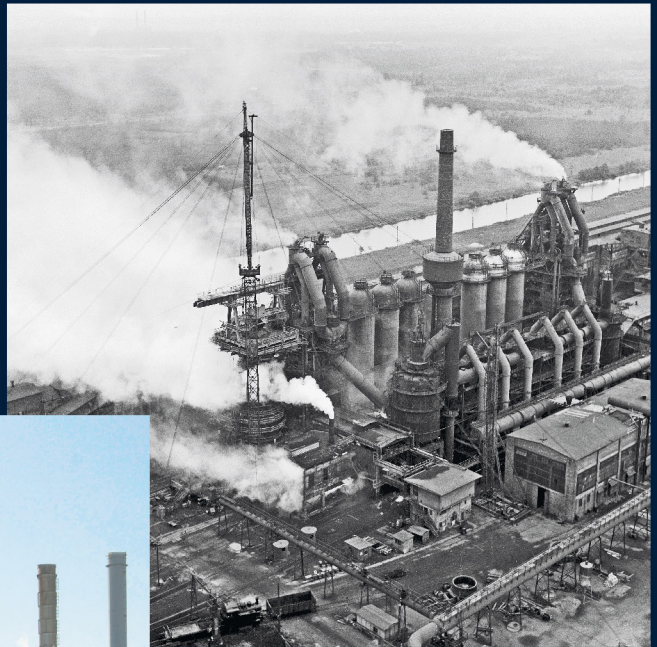


# Planwirtschaft - Privatisierung - Marktwirtschaft

Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der SBZ/DDR  
und den Neuen Bundesländern 1945-1994



**V&R** Academic

Schriften des Hannah-Arendt-Instituts  
für Totalitarismusforschung

Herausgegeben von Clemens Vollnhals

Band 63

Vandenhoeck & Ruprecht

# Planwirtschaft – Privatisierung – Marktwirtschaft

Wirtschaftsordnung und -entwicklung in der  
SBZ/DDR und den neuen Bundesländern  
1945–1994

Herausgegeben von Günther Heydemann  
und Karl-Heinz Paqué

Vandenhoeck & Ruprecht

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN 2197-0971  
ISBN 978-3-547-36975-4

Weitere Ausgaben und Online-Angebote  
sind erhältlich unter [www.v-r.de](http://www.v-r.de).

Mit 57 Tabellen und 42 Grafiken.

© 2017, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Theaterstraße 13, D-37073 Göttingen/  
Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.  
[www.v-r.de](http://www.v-r.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der  
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden

## Inhalt

Einleitung	7
I. Systemdefizite und Zusammenbruch der sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR aus der Sicht von Zeitzeugen	17
<i>Johannes Ludewig</i> 25 Jahre deutsche Einheit	19
<i>Richard Schröder</i> Die Treuhand und das Ende der DDR-Wirtschaft	27
II. Zur historischen Genese der sozialistischen Wirtschaftsordnung in der SBZ/DDR	41
<i>Jürgen Schneider</i> Das Modell Sowjetunion für die Transformation der Wirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (SBZ) durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 bis 1949	43
III. Systemdefizite der sozialistischen Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR	91
<i>Spiridon Paraskewopoulos</i> Von der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft über die Treuhand zur sozialen Marktwirtschaft	93
<i>Udo Ludwig</i> Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR (1949 bis 1990) – eine Bilanz	111
<i>Christian Heimann</i> „Mises was right“ oder: Warum die DDR wirtschaftlich untergehen musste	149

IV. Probleme der Werteinschätzung und Bilanzierung der sozialistischen Betriebe in der DDR	175
<i>Klaus Ziege-Bollinger</i> „Volkseigentum“ marktpreisgerecht verwertet? Einflussfaktoren auf die Wertbestimmung der DDR-Industrie	177
<i>Horst Hartte</i> Besitzen die Bilanzen der volkseigenen Betriebe eine ökonomische Aussagekraft für den Übergang in die Marktwirtschaft?	203
V. Die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion als Kern des Transformationsprozesses	227
<i>Rüdiger Pohl</i> Die Einführung der D-Mark in der DDR. Mythos D-Mark – Ernüchterung – Wiedervereinigung	229
<i>Matthias Knuth</i> Institutionen und Instrumente der Arbeitsmarktpolitik im Transformationsprozess und im gesamtdeutschen Kontext	243
<i>Gerhard A. Ritter (†)</i> Umbau und Integration der sozialen Sicherungssysteme der DDR in den Sozialstaat der Bundesrepublik	265
VI. Zum Stand des Transformationsprozesses in Deutschland	285
<i>Karl-Heinz Paqué</i> Gewachsen, aber gefährdet: Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz der deutschen Einheit	287
VII. Anhang	329
Abkürzungsverzeichnis	331
Autorenverzeichnis	333

## Einleitung

Angesichts der vielen Krisen, Kriege und Konflikte, welche die heutige Weltlage bestimmen und belasten, ist die Dramatik der Wiedervereinigung Deutschlands und des anschließenden Transformationsprozesses vor gut 25 Jahren weitgehend in den Hintergrund gedrängt oder inzwischen nahezu vergessen worden. Das ist sicherlich zum einen darauf zurückzuführen, dass die Ereignisse und Entwicklungen, die damals in weniger als einem Jahr zur Einheit führten, nunmehr Geschichte sind; zum anderen damit, dass das vereinte Deutschland gegenwärtig in der Welt und besonders in Europa eine neue Führungsposition einnimmt und dadurch eine größere Verantwortung trägt als noch ein Vierteljahrhundert zuvor. Die Flüchtlingskrise, die Krise der EU, der internationale Terrorismus stehen heute in der öffentlichen Debatte erheblich stärker im Vordergrund als die Wiedervereinigung und ihre Folgen.

Dass das wiedervereinigte Deutschland nicht zuletzt wegen seines Wirtschaftspotenzials seit einigen Jahren zur europäischen Führungsmacht aufgestiegen ist, hängt zweifellos auch mit dem letztlich geglückten ökonomischen Modernisierungsprozess auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und in den neuen Bundesländern zusammen, ohne daraus resultierende wirtschaftliche und soziale Probleme zu unterschätzen.

Im Zentrum des vorliegenden Bandes steht daher das in der SBZ/DDR nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges institutionalisierte sozialistische System der staatlichen Plan- und Verwaltungswirtschaft und dessen sukzessive Überwindung nach 1990. Doch wird dessen Herausbildung und Entwicklung samt seiner Folgeprobleme in einen erheblich weiteren historischen Kontext eingebettet. So wird die Entstehung und Entwicklung dieser staatlich gelenkten Wirtschaftsordnung in der Sowjetunion seit 1917 und deren Installierung und Adaptierung in der SBZ/DDR nach 1945 durch die sowjetische Besatzungsmacht ebenso in den Blick genommen wie deren etwaige künftige Entwicklung nach ihrer Transformierung in den kommenden Jahren. Denn letztlich gehört der Blick zurück und in die Zukunft für eine umfassende Analyse zusammen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Sondierung der Gründe, weshalb die sozialistische Planwirtschaft trotz ihres Bestehens von gut vier Jahrzehnten so eklatant gescheitert ist und welche Schwierigkeiten und Probleme bei ihrer Transformation in eine soziale Marktwirtschaft aufgetreten sind. Denn schon eine adäquate ökonomische Einschätzung hinsichtlich ihres Kapitalstocks, ihrer Organisationsstrukturen und Produktivität nach westlichen Standards wies erhebliche Schwierigkeiten auf – und zwar auf betriebs- wie volkswirtschaftlicher Ebene. Dieser Problematik wird im vorliegenden Band



ebenfalls detailliert nachgegangen. Eng verbunden ist damit auch eine ausgewogene Würdigung und Bewertung der Treuhandanstalt in mehreren Beiträgen, deren Tätigkeit von einer Mehrheit ehemaliger DDR-Bürger ja bis heute als „Ausverkauf der DDR-Industrie“ angesehen wird. Auch wenn die Auswertung des riesigen Aktenbestandes der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben noch zu erfolgen hat, ist eine solche Einschätzung unhaltbar.<sup>1</sup>

Schließlich wird die Umsetzung der Währungsunion eingehend beschrieben und bewertet, ebenso die Arbeitsmarktpolitik sowie die Transformierung und Integration der sozialen Sicherungssysteme beider deutscher Staaten. Zum gegenwärtigen Forschungsstand sei auf den von Uta Andrea Balbier und Hartmut Berghoff herausgegebenen Band „The East German Economy, 1945–2010“ verwiesen.<sup>2</sup>

\*

Ganz bewusst stehen am Anfang zwei Essays von Zeitzeugen, damals noch aus West- und Ostdeutschland, die jeweils aus ihrer Sicht die zentrale Plan- und Verwaltungswirtschaft der DDR und ihre Folgen, auch und nicht zuletzt nach der Wiedervereinigung 1989/90, beurteilen. *Johannes Ludwig*, seinerzeit wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Helmut Kohl, schildert eindrucksvoll in seinem Rückblick „25 Jahre deutsche Einheit“, mit welcher Spannung von der Bonner Regierung verfolgt wurde, wie die ostdeutschen Betriebsräte während des voll einsetzenden Transformationsprozesses auf die vor ihren Augen stattfindenden Massenentlassungen und Umstrukturierungen in ihren eigenen Betrieben reagieren würden. Obwohl es genügend Gründe gab, zu Streiks und Revolten aufzurufen, hielten sie sich besonnen zurück, weil ihnen bewusst war, wie unumgänglich der nun einsetzende Modernisierungsprozess in ihren Werk- und Arbeitsstätten war. Ihr überlegtes Verhalten hat ganz entscheidend zum letztlich erfolgreichen volks- und betriebswirtschaftlichen Transformationsprozess in den neuen Bundesländern – und damit auch zum Erfolg der Friedlichen Revolution – beigetragen.

Einen kritisch-ironischen Rückblick auf die Systemmängel und Produktionsdefizite des Wirtschaftssystems in der DDR aus ostdeutscher Perspektive gibt *Richard Schröder* in dem Essay „Die Treuhand und das Ende der DDR-Wirtschaft“, basierend auf eigenen Erfahrungen und Erlebnissen. Schon lange vor dem „annus mirabilis“ von 1989/90 sei die sozialistische Planwirtschaft hinsichtlich Produktivität und Verschleiß des Kapitalstocks am Ende gewesen, gepaart mit einer enormen Staatsverschuldung, die mittelfristig nicht mehr abzuwenden gewesen wäre. Unmissverständlich kritisiert er deshalb die unter einer

- 1 Vgl. „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen“. Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003.
- 2 Uta Andrea Balbier/Hartmut Berghoff (Hrsg.), *The East German Economy, 1945–2010. Falling Behind or Catching Up?*, New York 2013.

Mehrheit von ehemaligen DDR-Bürgern teilweise bis heute vorherrschende Einschätzung, die Treuhandanstalt habe die DDR-Wirtschaft ruiniert. Angesichts der ungeheuren und zugleich völlig neuen Aufgabe der Treuhandanstalt, eine real existierende Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft umzuwandeln, werde deren enorme Leistung verkannt. Auch wenn es zu unvermeidbaren Fehlern und vereinzelt auch zu kriminellen Machenschaften bei diesem umfassenden Modernisierungsprozess gekommen sei, habe die „Treuhand“ durch konsequente Privatisierung eine höchst erfolgreiche sozioökonomische Transformation auf makro- wie mikroökonomischer Ebene in Gang gesetzt.

Einen umfassenden historischen Rückblick auf die Installierung und Institutionalisierung der sozialistischen Planwirtschaft in der SBZ/DDR nimmt *Jürgen Schneider* im Aufsatz „Das Modell Sowjetunion für die Transformation der Wirtschaft in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands (SBZ) durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945 bis 1949“ vor und weist nach, dass die Einführung dieser Wirtschaftsordnung in hohem Maß eine Übernahme und Adaptierung des sowjetischen Modells gewesen ist, das nach der russischen Oktoberrevolution von 1917 sukzessive entwickelt wurde. Zudem wird fundiert belegt, dass nichtsozialistische Wirtschaftsanalytiker schon in den 1920er- und 1930er-Jahren sehr früh die zum Teil horrenden Dysfunktionalitäten dieses Systems erkannt und benannt hätten, das in der Sowjetunion während dieser Zeit unter großen Opfern an Menschen und Material mit geradezu manischer Konsequenz weiter ausgebaut wurde. Auch in der SBZ/DDR standen im Zuge des „Aufbaus des Sozialismus“ Sequestration und Konfiskation von Grund und Boden und Industrieunternehmen am Anfang und bildeten die entscheidenden Voraussetzungen für die Etablierung einer sozialistischen Zentralplanwirtschaft. Zu wenig werde jedoch oft beachtet, dass der völlige Umbau des Finanzsystems und Bankenwesens von gleich wichtiger Bedeutung war. Denn parallel zu der früh eingeleiteten Zentralisierung der „volkseigenen Industrie“ lief die nahezu vollständige Übernahme und Kontrolle des bestehenden Finanzsystems durch die Finanzreform von 1950/51. „Bodenreform“, „Industriereform“ und „Finanzreform“ bildeten somit die drei Säulen zur Transformation der bestehenden Wirtschaftsordnung in Richtung sozialistische Wirtschaftsordnung – analog zum sowjetischen Vorbild.

Vornehmlich aus ordnungspolitischer Perspektive analysiert *Spiridon Paraskewopoulos* das in der SBZ/DDR sukzessive etablierte System der staatlichen Planwirtschaft in dem Beitrag „Von der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft über die Treuhand zur sozialen Marktwirtschaft“ und weist eingangs nach, dass die mitteldeutsche Wirtschaftsregion vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges eine höhere Industrieleistung pro Kopf aufwies als das damalige Gesamtdeutschland. Nach 1945 jedoch sollte diese produktive Industrieregion zunehmend zurückfallen, und zwar vor allem durch die Einführung eines Wirtschaftssystems sowjetischen Typs. Diese Zentralverwaltungswirtschaft war gekennzeichnet durch die zentrale Planung der Produktionsprozesse, das überwiegend staatliche Produktionsmitteleigentum, die staatliche Festsetzung der Preise

sowie das Planerfüllungsprinzip einschließlich der Gewährung von Prämien als Leistungsanreize. Die eigentliche Wirtschaftsplanung wurde nach der sogenannten Bilanzierungsmethode vorgenommen, doch angesichts von mehr als 15 Millionen unterschiedlichen Güterarten gelang es nie, eine exakte zentrale Planung zu realisieren. Zudem konnten für die vielen Güter und Dienstleistungen niemals ökonomisch gerechtfertigte Preise festgesetzt werden. Aus beiden Faktoren resultierte eine ganze Reihe von Unwirtschaftlichkeiten, welche die Leistungsfähigkeit des zentral gesteuerten Wirtschaftssystems permanent beeinträchtigten. Obwohl man vor allem in den 1960er-Jahren mit ökonomischen Reformen versucht hat, diese Dysfunktionalitäten zu beseitigen oder zumindest zu reduzieren, gelang es ebenfalls nie, den Zielkonflikt aufzulösen zwischen hohen Planaufgaben durch die Zentrale einerseits und den Interessen der Betriebe andererseits, möglichst nur leicht erfüllbare Planvorgaben (sogenannte weiche Pläne) realisieren zu müssen. Wenngleich diese elementaren Systemdefizite bekannt waren, war die politische Führung nicht bereit, diese mittels einer grundlegenden Transformierung zu beseitigen. Der politische und ideologische Zusammenbruch der SED-Diktatur führte daher auch zur sukzessiven Auflösung der etablierten Zentralverwaltungswirtschaft in der DDR, deren Produktivität Ende 1989 nur noch bei einem Drittel der westdeutschen lag. Die ordnungspolitische Grundsatzentscheidung 1990, das in der DDR bestehende Wirtschaftssystem mittels weitreichender Privatisierung in eine soziale Marktwirtschaft durch die Treuhandanstalt zu transformieren, erwies sich ex post nicht nur als richtig, sondern auch als erfolgreich – ohne die Schwierigkeiten und Probleme zu minimieren, die damit verbunden waren.

*Udo Ludwig* gibt in dem umfassenden Aufsatz „Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der SBZ/DDR (1949 bis 1990) – eine Bilanz“ einen konzisen Überblick über die Entwicklung der DDR-Wirtschaft, an deren Anfang die brachiale Durchsetzung des stalinistischen Industrialisierungsmodells in der SBZ stand. Möglich wurde dies durch das permanente Primat der Politik, wovon die sozialistische Ökonomie im Rahmen der staatlichen Zentralplanung und -verwaltung vom Ende der 1940er-Jahre bis 1989/90 bestimmt blieb. Der schwierige Neubeginn der mitteldeutschen Wirtschaft, nach Kriegsende 1945 abgeschnitten von bisherigen Industriegebieten und Ressourcen, wurde noch einmal erschwert durch den rigiden Aufbau einer Schwerindustrie, die ab Mitte der 1950er-Jahre ihren Vorrang an die Energie- und Brennstoffwirtschaft abgeben musste. Obwohl Reformversuche (Stichwort „NÖSPL“) in den 1960er-Jahren unternommen, 1970/71 aber dann abgebrochen wurden, gelang es trotz massiver Investitionen in Chemie, Elektrotechnik und Elektronik nie wirklich, den Übergang von extensivem zu intensivem Wachstum zu schaffen. Die erst ab Mitte der 1970er-Jahre spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen im Rahmen der Honecker'schen Politik der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ musste allerdings durch eine steigende Verschuldung der DDR gegenüber einer Reihe von westlichen Staaten erkaufte werden, da die eigene Wirtschaftsleistung die sozialpolitischen Kosten nicht mehr zu decken

vermochte. Mit verbessertem Datenmaterial und einer weiterentwickelten Methodik weist Ludwig nach, dass das Wirtschaftswachstum in der DDR ab Ende der 1970er-Jahre immer weiter zurückging.

Schon in den frühen 1920er-Jahren hatte Ludwig von Mises die Auffassung vertreten, dass das Fehlen von Preisen in einer „zentral verwalteten Wirtschaftsordnung“ auf die Dauer zu deren Zusammenbruch führen würde, unabhängig davon, ob diese sozialistisch oder nichtsozialistisch strukturiert sei. Ausgehend von dieser Prämisse weist *Christian Heimann* in dem Beitrag „Mises was right‘ oder: Warum die DDR wirtschaftlich untergehen musste“ anhand einer Reihe von Analysen und Selbsteinschätzungen verschiedener Institutionen in der DDR eindrucksvoll nach, dass bereits Anfang der 1950er-Jahre, nahezu zeitgleich mit der Etablierung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, kritische Diagnosen zu deren Produktivität und Effizienz erstellt wurden, die in ihren Beurteilungen über die nachfolgenden Jahrzehnte hinweg immer negativer ausfielen. Noch vor dem Zusammenbruch des SED-Staates Ende 1989 waren sich somit die leitenden Kader in der Wirtschaftsverwaltung darüber im Klaren, dass die in der DDR etablierte Wirtschaftsordnung dysfunktional und ineffizient blieb und das sozialistische Experiment einer „zentral verwalteten Wirtschaftsordnung“, wie es Ludwig von Mises bereits vorhergesagt hatte, gescheitert war.

Als ehemaliger, aus der Bundesrepublik stammender Geschäftsführer zweier DDR-Betriebe nach 1990 nimmt *Klaus Ziege-Bollinger* in dem Beitrag „Volkseigentum‘ marktpreisgerecht verwertet? Einflussfaktoren auf die Wertbestimmung der DDR-Industrie“ zunächst auf volkswirtschaftlicher Ebene eine Wertbestimmung der DDR-Industrie vor. Dabei werden die Schwierigkeiten und Hindernisse herausgearbeitet, zu einer realistischen Bewertung zu kommen. So wird eine adäquate Berechnung schon allein dadurch erschwert, dass in der DDR völlig andere Abschreibungsnormen und -modalitäten (z. B. „Normennutzungsdauer“) galten. Zudem wurden Produktivität und Effizienz der sozialistischen Wirtschaft in den statistischen Jahrbüchern der DDR ab Ende der 1970er-Jahre immer stärker „geschönt“. Ein gravierendes systemisches Defizit bestand darüber hinaus darin, dass die staatlich festgesetzten Preise fiktiv blieben und daher keine tragfähige Bewertungsgrundlage darstellen. Auf betriebswirtschaftlicher Ebene wird sodann der Frage nachgegangen, weshalb sich Betriebsdirektoren in der DDR nicht gegen die Wegnahme von Abschreibungen zur Wehr setzten, obwohl dadurch (Neu-)Investitionen unmöglich wurden. Eine gewichtige Antwort darauf liegt im geschlossenen System der in der DDR etablierten staatlich gelenkten Planwirtschaft, das keinen systemimmanenten Antrieb zu selbstständig beschlossenen Investitionen kannte oder gar zuließ. Vielmehr führte die Internalisierung der planwirtschaftlichen Normensetzungen bei allen Verantwortlichen und Beschäftigten in der DDR-Wirtschaft zu einer volks- und betriebswirtschaftlichen Praxis, in der das „System“ zwar kontinuierlich neu bestätigt wurde, der Verschleiß der Grundmittel aber immer offensichtlicher zutage trat.

Für den Übergang in die Marktwirtschaft mit einer tatsächlich ökonomisch ausgerichteten Wirtschaftsrechnung war die Notwendigkeit einer Neubewertung der in der DDR existenten Industriebetriebe zwingend erforderlich. Stichtag für die DM-Eröffnungsbilanz der DDR-Betriebe war der 1. Juli 1990. Doch die vorgelegten Bilanzen der volkseigenen Betriebe besaßen nur eine stark eingeschränkte Aussagekraft. Die Schwierigkeiten, zu einer realistischen Einschätzung ihres Wertes und ihrer Leistungsfähigkeit zu kommen, beleuchtet *Horst Hartte* in dem Aufsatz „Besitzen die Bilanzen der volkseigenen Betriebe eine ökonomische Aussagekraft für den Übergang in die Marktwirtschaft?“ Tatsächlich wiesen deren Ergebnisrechnungen hinsichtlich Konzeption und Inhalt grundsätzliche Unterschiede gegenüber der traditionellen westlichen Gewinn- und Verlustrechnung auf. So waren im sozialistischen Wirtschaftssystem der DDR z. B. unangemessen niedrige Abschreibungen bei einem durchweg überhöhten Ansatz der Grundmittelbestände üblich. Damit korrespondierte, dass die Eigenkapitalausstattung der DDR-Betriebe im Vergleich zu westdeutschen Unternehmen nahezu doppelt so hoch berechnet wurde. Die daraus resultierende Umsatzrendite lag somit wesentlich über der vergleichbaren Rendite von Betrieben in der Bundesrepublik. Trotz der bekannten systemischen Defizite der zentralen Planwirtschaft wirtschafteten die volkseigenen Betriebe – zumindest auf dem Papier – auf diese Weise rentabler als westdeutsche Unternehmen. Doch die in ihre Ergebnisrechnungen einfließenden Wertgrößen basierten auf staatlich festgesetzten Preisen ohne ökonomische Qualität. Hinzu kam, dass die Aussagekraft ihrer Bilanzen durch Umverteilungen über den Staatshaushalt durch direkte und indirekte Subventionen eingeschränkt wurde. Eine realistische Neuberechnung ihrer Leistungskraft war daher im Zuge der am 1. Juli 1990 einsetzenden Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten unabdingbar, allerdings teilweise nur mit großen Schwierigkeiten zu bewältigen.

Im Zuge der Wiedervereinigung nahm die Währungsunion zwischen beiden deutschen Staaten eine Schlüsselfunktion ein; denn ein wiedervereinigtes Deutschland mit zwei Währungen war nicht vorstellbar. Zudem wünschte nicht nur die übergroße Mehrheit der DDR-Bürger die D-Mark; mit dem Angebot ihrer Einführung in der DDR gewann die Bundesregierung auch die dortigen Wähler vor der ersten freien Wahl in der DDR am 18. März 1990 endgültig für das Ziel der Einheit. Damit lief die D-Mark als einheitliche Währung (Einführung am 1. Juli 1990) jedoch den unabdingbar notwendigen Reformen der Wirtschaft in der DDR voraus, deren gravierende strukturelle Defizite in der Ineffizienz vieler Betriebe, in veralteten Produktionsanlagen und überhöhten Kosten, im Mangel an wettbewerbsfähigen Produkten, einem aufgestauten Sanierungsbedarf und nicht zuletzt in niedriger Produktivität bestanden. Das Problem der daraus resultierenden „Asynchronität“ beleuchtet *Rüdiger Pohl* in dem Beitrag „Die Einführung der D-Mark in der DDR. Mythos D-Mark – Ernüchterung – Wiedervereinigung“. Denn die Wohlstandserwartung der DDR-Bevölkerung ließ sich mit der Einführung der D-Mark realwirtschaftlich nicht umsetzen: Die

Währungsunion schuf noch keine Wohlstandsunion. Damit war eine wachsende Enttäuschung programmiert, zumal es Jahre dauern sollte, bis der ökonomische Transformations- und Modernisierungsprozess in den neuen Bundesländern Erfolg zeitigte. Doch trotz dieser enormen Umwälzungsprozesse und ungeahnten Kosten blieb die nun gesamtdeutsche Währung stabil, nicht zuletzt auch als international allgemein anerkannte „harte“ Währung.

Durch die Wirtschafts- und Währungsunion (1. Juli 1990) wurden rasch gravierende Strukturprobleme der Wirtschaft in der DDR aufgedeckt, die vor allem in einem massiven Investitions- und Produktivitätsrückstand sowie chronischer Überbeschäftigung im Staatsdienst bestanden; zudem führte das Wirken der Treuhandanstalt zu einem in den Betrieben bis dahin ungekannten Abbau von Personal. Vor dem Hintergrund der bestehenden politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Einheit gab es jedoch kein Ausweichen in Moratorien oder Austeritätsstrategien. Damit sah sich die bisher praktizierte Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik vor die ungeheure Aufgabe gestellt, auf die wachsende Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern adäquate Lösungen zu finden. Die hierzu eingesetzten „Institutionen und Instrumente der Arbeitsmarktpolitik im Transformationsprozess und im gesamtdeutschen Kontext“ nach 1989/90 werden von *Matthias Knuth* detailliert beschrieben und analysiert. Auf der Grundlage des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 standen indes bereits erprobte Maßnahmen aus den 1970er- und 1980er-Jahren zur Verfügung, wie z. B. die Synergie von Leistungen der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung, der Einsatz von Bildungsmaßnahmen, die massenhafte Schaffung von öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen sowie die Beschäftigung in Kurzarbeit. Diese Instrumente wurden modifiziert und ergänzt durch eine Reihe zusätzlicher Maßnahmen: das Altersübergangsgeld, das Strukturkurzarbeitergeld, Fortbildungs- und Umschulungs- sowie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die Tätigkeit von „Gesellschaften für Arbeits-, Beschäftigungs- und Strukturförderung“ (= ABS-Gesellschaften) u. a. m. Dadurch konnten immerhin zwei Drittel des sukzessiven Arbeitsplatzabbaus während der Transformierung der DDR-Wirtschaft aufgefangen werden. Damit hat die vor allem in den 1990er-Jahren praktizierte Arbeitsmarktpolitik in erheblichem Maße zur Reallokation von Arbeitskräften und zur Vermeidung von Widerständen gegen den unvermeidlichen strukturellen Modernisierungsprozess beigetragen. Gleichzeitig war sie ein sehr wichtiger Transformationsriemen für die Finanztransfers von West- nach Ostdeutschland mit einem Viertel bis einem Fünftel des Gesamttransfers.

Die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, am 18. Mai 1990 zwischen der Bundesrepublik und der DDR vertraglich vereinbart, bedeutete, dass auch die sozialen Sicherungssysteme, die in beiden deutschen Staaten bestanden, miteinander verbunden werden mussten. Dabei ist es allerdings, wie *Gerhard A. Ritter* (†) in seinem Aufsatz „Umbau und Integration der sozialen Sicherungssysteme der DDR in den Sozialstaat der Bundesrepublik“ verdeutlicht, nicht nur zu einer grundlegenden Veränderung, sondern meist auch zum völligen Neubau der Träger des Sozialsystems gekommen. Bereits im Staatsvertrag

war die Auflösung der in der DDR existenten Einheitsversicherung unter Leitung des FDGB vorgesehen worden bei gleichzeitiger Einführung einer gegliederten Renten-, Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Entsprechend mussten zunächst die Rentensysteme beider deutscher Staaten angeglichen werden; das bedeutete, dass die in der DDR gewährten Zusatz- und Sonderversorgungssysteme (für Soldaten, der VP, der Feuerwehr, den Strafvollzug und die Zollverwaltung sowie für hauptamtliche Mitarbeiter des MfS) abgeschafft wurden. Zugleich jedoch wurden DDR-Renten nach bundesdeutschem Rentenrecht dynamisiert. Mit dem Inkrafttreten des Rentenüberleitungsgesetzes am 1. Januar 1992 wurde nicht nur eine grundlegende Reform in Gesamtdeutschland durchgeführt, gleichzeitig war damit auch eine wesentliche Erhöhung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie der Renten von Witwen und Witwern verbunden. Insbesondere Rentner aus der DDR zählten damit zu den eindeutigen Gewinnern der Wiedervereinigung. Auch die massive Anhebung der Unfallrenten um mindestens 90 Prozent lag auf dieser Linie. Der Aus- und Umbau des Gesundheitswesens erwies sich als kompliziert, da in Ostdeutschland Gesundheitsämter, Ärztekammern und kassenärztliche Vereinigungen erst noch geschaffen werden mussten. Parallel dazu waren erhebliche Mittel für die Sanierung und Modernisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen aufzuwenden. Als neues Sozialgesetz wurde am 26. Mai 1994 die Pflegeversicherung eingeführt. Mit der Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung gelang es, den massiven wirtschaftlichen und sozialen Umbruch weitgehend abzufedern und die Arbeitslosigkeit im Osten auf gut eine Million zu begrenzen. Durch das Bundesversorgungsgesetz vom 1. Januar 1991 wurde die Sozialhilfe erheblich verbessert. Insgesamt erforderte die Überleitung des viel komplexeren bundesdeutschen Sozialsystems auf die DDR ganz erhebliche Kosten sowie enorme Anpassungsleistungen der ostdeutschen Bürger.

Eine Analyse der bisherigen und eventuell zukünftigen Wirtschaftsentwicklung Mitteldeutschlands seit der Wiedervereinigung erstellt Karl-Heinz Paqué in dem Aufsatz „Gewachsen, aber gefährdet: Eine wirtschaftliche Zwischenbilanz der deutschen Einheit“. Im Mittelpunkt stehen drei Grundsatzfragen: Wo steht die dortige Entwicklung heute, sowohl im Vergleich zu Westdeutschland als auch zu den benachbarten Ländern Mitteleuropas und ihrem Transformationsprozess, seit 2004 und 2007 auch als Mitglieder der EU? Wo liegen die zukünftigen Herausforderungen ihrer weiteren ökonomischen Entwicklungen? Und wie könn(t)en diese politisch und wirtschaftlich bewältigt werden? Aus heutiger Retrospektive war die Strukturgeschichte der ostdeutschen Wirtschaft seit 1989/90 von drei Phasen geprägt: Zwischen 1990 und 1993/94 vollzog sich im Grunde ihr faktischer Zusammenbruch bei gleichzeitig massiver Expansion der Bauwirtschaft; in einer zweiten Phase bis 2008/09 ging eine kontinuierliche Re-Industrialisierung vor sich, bei sukzessiver Reduktion der Bautätigkeit; mit der 2008/09 einsetzenden Weltwirtschaftskrise kam die voranschreitende Re-Industrialisierung der ostdeutschen Wirtschaft zu einem vorübergehenden Halt. Nach diesem Einbruch fiel die anschließende wirtschaftliche Erholung in

Westdeutschland dynamischer aus als in Ostdeutschland. Zudem erwies sich, dass die Parallelen zwischen den ostdeutschen Ländern und ihrer Wirtschaftsentwicklung ihre spezifischen Unterschiede bei Weitem überwiegen. Gemeinsam ist ihnen allerdings auch, dass ihre Arbeitsproduktivität nach wie vor nur 75 bis 85 Prozent des gesamtdeutschen Durchschnittsniveaus beträgt. Gründe hierfür sind: Der Produktivitätsmotor „verarbeitendes Gewerbe“ ist nach wie vor kleiner als in Westdeutschland, zudem trägt die ostdeutsche Industrie noch immer den Charakter einer verlängerten Werkbank. Insofern ist das strukturelle Bild der ostdeutschen Wirtschaft weiterhin von signifikanten Nachteilen geprägt – trotz großer Fortschritte bei der Re-Industrialisierung und dem Aufbau einer Dienstleistungsgesellschaft. Gleichwohl wurden zwei zentrale politische Zielsetzungen nach 1990 weitgehend erreicht: Die Verhinderung einer massiven Abwanderung von Ost nach West sowie die Minderung der finanziellen Abhängigkeit der neuen Bundesländer von den alten. Vor dem Hintergrund zunehmender Knappheit von Arbeitskräften sollten die ostdeutschen Länder deshalb eine aktive Standortpolitik betreiben, das heißt, Investitionen erleichtern und die Zuwanderung auch von ausländischen Arbeitskräften fördern. Dies muss jedoch auch in Zukunft mit forschungsorientierter Förderpolitik verbunden sein, zusammen mit der nachhaltigen Finanzierung von Forschung und Lehre durch die Länder sowie mit Unterstützung des Bundes.

\*

Der Band ist aus Beiträgen einer Konferenz entstanden, die im Dezember 2013 im Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung durchgeführt wurde, an der auch damalige Entscheidungsträger, wie der letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, Richard Schröder als Vorsitzender der SPD in der letzten Volkskammer der DDR und Johannes Ludewig als wirtschaftspolitischer Berater von Bundeskanzler Kohl, teilnahmen.

Stark an den Debatten im Verlauf dieser Tagung war auch Gerhard A. Ritter beteiligt, der wohl beste Kenner der nach 1990 im vereinten Deutschland verfolgten Sozialpolitik und der daraus resultierenden Gesetzgebung. Gerhard A. Ritter ist leider am 20. Juni 2015 verstorben; sein hier abgedruckter Beitrag dürfte einer der letzten aus seiner Feder gewesen sein.

Dresden/Magdeburg, im Juni 2017

Günther Heydemann / Karl-Heinz Paqué





# I.

## Systemdefizite und Zusammenbruch der sozialistischen Zentralplanwirtschaft der SBZ/DDR aus der Sicht von Zeitzeugen



## 25 Jahre deutsche Einheit

*Johannes Ludewig*

Wenn man den Weg zur deutschen Einheit überblickt, steht ganz am Anfang die Friedliche Revolution, die die Bürger in der DDR mit großem Mut und hohem persönlichem Risiko zum Erfolg geführt haben. Im Herbst 1989 war der Wunsch nach Freiheit und Veränderung stärker geworden als die Furcht vor Gewalt und Ausgrenzung. Mit ihrem friedlichen Kampf gegen die SED-Diktatur und dem Fall der Mauer am 9. November haben Bürger und Bürgerrechtler der DDR in bewundernswerter Weise deutsche Geschichte geschrieben. Sie haben das Tor zur Freiheit aufgestoßen und damit erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg eine reale Chance für neue politische Lösungen im geteilten Deutschland und in der Mitte des geteilten Europas geschaffen. Alles andere, was dann folgte, wurde dadurch erst möglich.

Am 28. November, also knapp drei Wochen später, reagierte die Bundesregierung. Bundeskanzler Kohl gibt mit seinem 10-Punkte-Plan eine erste Orientierung, wie es weitergehen soll. Von einer „Vertragsgemeinschaft“ und von „konföderativen Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland“ ist die Rede. Aber schon das Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und DDR-Ministerpräsident Modrow drei Wochen später in Dresden mit der Rede Helmut Kohls vor der Ruine der Frauenkirche markieren einen neuen Höhepunkt. Das völlig unerwartete Zusammenströmen Zehntausender DDR-Bürger, das schwarz-rot-goldene Fahnenmeer und die nicht enden wollenden Helmut-Rufen vermittelten den Besuchern aus Westdeutschland das Gefühl, dass die politische Neuorientierung und Neugestaltung in Deutschland vielleicht viel schneller gehen könnte als bis dahin gedacht. „Die Fantasie ist von der Realität überholt worden“, so brachte es einer unserer Gesprächspartner im Verlauf dieses ungewöhnlichen Tages treffend auf den Punkt.

Und so kam es dann auch. Die seit Ende 1989 stetig wachsende Zahl der Übersiedler von Ost nach West sowie die Präsenz von 370 000 sowjetischen Soldaten in der DDR, die bisher in den Kasernen geblieben waren, verstärkten den Druck auf die Politik, das unverhofft geöffnete Zeitfenster zu nutzen. Es kam jetzt darauf an, den Menschen in der DDR überzeugende Zukunftsperspektiven zu eröffnen und gleichzeitig neue, irreversible politische und wirtschaftliche Fakten zu schaffen, von denen es keinen Weg mehr zurück zu Mauer und Stacheldraht geben konnte.

Dieser Weg führte dann in atemberaubendem Tempo über das Angebot zu Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Währungsunion Anfang Februar

1990, die Zustimmung Gorbatschows am 10. Februar in Moskau zur Überwindung der deutschen Teilung und zur Lösung der damit verbundenen Fragen durch die Deutschen selbst, die freie Volkskammerwahl am 18. März, die Verhandlungen über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, deren Abschluss am 18. Mai sowie ihr Inkrafttreten am 1. Juli, die Zustimmung der Sowjetunion Mitte Juli zur vollen Souveränität eines vereinten Deutschlands, die Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 31. August sowie den erfolgreichen Abschluss der Zwei-plus-Vier-Gespräche zur Regelung der außenpolitischen Fragen am 12. September – alles in weniger als elf Monaten nach dem Fall der Mauer – zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990.

Diese beispiellose Dynamik des Einigungsprozesses hatte zweifellos etwas zu tun mit der damals kritischen Wirtschafts- und Finanzlage in der Sowjetunion ebenso wie in der DDR. Ausschlaggebend aber war, dass Helmut Kohl die mit dem Fall der Mauer über Nacht entstandene neue Situation richtig einschätzte, dass er die daraus sich für Deutschland ergebenden Chancen erkannte und sie entschlossen nutzte – innenpolitisch ebenso wie im Verhältnis zu den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges. Er war Regisseur und Gestalter der Wiedervereinigung. Viele andere – allen voran Lothar de Maizière, Günther Krause, Richard Schröder und Wolfgang Schäuble – haben ihrerseits wichtige Bausteine zu diesem Einigungswerk beigetragen, ohne die das Ziel nicht zu erreichen gewesen wäre.

Die wirtschaftliche Realität der Wiedervereinigung hatte mit dem Inkrafttreten der Währungsunion schon zur Mitte des Jahres 1990 begonnen. Erhebliche Milliardenbeträge waren – nicht ganz unerwartet – schon in den ersten Monaten danach notwendig, um Unternehmen und Betrieben die überlebensnotwendige Liquidität zu sichern – und um Zeit zu gewinnen für Umstrukturierung und Investitionen, für konkurrenzfähige Produktivität und neue, wettbewerbsfähige Angebote. Die Bundesregierung reagierte darauf mit einer Strategie, die Detlev Rohwedder so zusammenfasste: „schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stilllegung“. Auf keinen Fall sollte der Fehler des Ruhrgebiets – Dauersubventionen für nicht lebensfähige Wirtschaftsstrukturen – noch einmal gemacht werden. Im Gegenteil. Schrittweiser Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und Industrie, die sich am deutschen und internationalen Markt behaupten können – das war das gesetzte Ziel.

Dieser tief greifende Umbau der ostdeutschen Wirtschaft war eine gigantische Herausforderung – in seinen finanziellen Milliarden-Dimensionen und in seinen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen. Wirtschaftspolitisch gab es keine Alternative zu diesem Weg zu neuen Kunden und zu neuen Produkten, zu durchgreifender Modernisierung oder auch zur Stilllegung dort, wo keine Zukunftschancen erkennbar waren. Der sogenannte Schürer-Bericht vom 31. Oktober 1989 – ein internes Gutachten des SED-Spitzenfunktionärs Gerhard Schürer an das Zentralkomitee der SED – hatte schonungslos offengelegt, dass die DDR wirtschaftlich und finanziell nicht mehr aus eigener Kraft handeln konnte, das heißt am Ende war. Die alte Ostblockwelt hatte aufgehört zu existieren.

tieren, ihre Märkte und Technikstandards waren unwiderruflich Vergangenheit. Eine Erneuerung von Grund auf war der einzige Weg nach vorn – ein Weg, der natürlich auch das Risiko von Irrtümern und Fehlern mit einschloss.

Wie steinig und voller Hindernisse dieser Weg war, wurde spätestens im Frühjahr 1991 erkennbar. Ein halbes Jahr nach der Wiedervereinigung standen in der ostdeutschen Wirtschaft, vor allem in den Industriebetrieben, die Zeichen auf Sturm. Im April lief der letzte Trabi vom Band. Interflug stellte seinen Betrieb ein. Bei den Chemieunternehmen in Bitterfeld, Leuna und Schkopau war die Absatzkrise unübersehbar. Der Waggonbau in Halle-Amendorf hatte keine Erkenntnisse, ob seine Reisezugwagen für die Sowjetunion noch Abnehmer finden würden. Aufträge und Produktion brachen in der ostdeutschen Industrie auf breiter Front ein, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erreichten Höchstwerte.

In dieser Situation entschloss sich der Bundeskanzler, eine Einladung der Buna-Werke in Schkopau (Sachsen-Anhalt) anzunehmen und dort am 10. Mai 1991 vor den Mitarbeitern des Unternehmens zu sprechen. Ich hatte diese Anfrage aus dem ostdeutschen Chemiedreieck nachdrücklich unterstützt und genauso die Idee, bei dieser Gelegenheit ein klares Zeichen für die Zukunft der Chemie und damit auch anderer wichtiger Industriebranchen in Ostdeutschland zu setzen. Im Kreis der Kollegen der Wirtschaftsabteilung im Bundeskanzleramt wurde heftig diskutiert, welche „Botschaft“ denn von dieser Rede ausgehen sollte. Konnten wir in dieser Sondersituation, in der eine sozialistische Planwirtschaft sozusagen über Nacht dem internationalen Wettbewerb der Weltwirtschaft ausgesetzt wurde, die Entwicklung einer ganzen Volkswirtschaft ebenso wie die vor Ort in den Betrieben einfach sich selbst überlassen – mit dem Risiko des Zusammenbruchs ganzer Industriezweige? Oder mussten wir nicht unmissverständlich klarstellen, dass Bundesregierung und Treuhand die derzeit laufenden dramatischen Einschnitte in der ostdeutschen Industrie nicht einfach hinnehmen und den Aufbau Ost auch nicht allein vom Erfolg kurzfristiger Privatisierungsversuche abhängig machen würden? Dass vielmehr das Ziel einer lebensfähigen, zukunftsfähigen Industrie in Ostdeutschland Vorrang haben müsse, gegebenenfalls auch mithilfe staatlicher Investitionen, wenn das zügige Engagement privater Investoren nicht erreichbar sei?

Unser Ergebnis: In dieser historischen Sondersituation bestand die Gefahr, dass die alten Industrien schneller zusammenbrechen als neue Investoren mit neuen Produkten und neuen Kunden für neue, wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen gewonnen werden können. Deswegen brauchten wir – anders als in wirtschaftlich normalen Zeiten – eine aktive Industriepolitik, die das Notwendige tut, um mithilfe von Investitionen privater Unternehmer oder erforderlichenfalls auch mit staatlichen Investitionen die Existenz der Industrie als Kern und Grundlage einer zukünftig wettbewerbsfähigen ostdeutschen Wirtschaft zu sichern. In diesem Sinn schrieb ich den Redeentwurf für den Bundeskanzler, den ich ihm, wie immer, einige Tage vor dem Termin zuleitete, damit er Text und Inhalt prüfen konnte. Ich bekam den Text ohne Änderungen zurück –

allerdings mit der handschriftlichen Bemerkung auf dem Deckblatt: „Es gilt das gesprochene Wort! Ob ich diese Rede vor Ort so halte, ist völlig offen!“

Vor Ort in Schkopau kam der Bundeskanzler in seiner Rede zu den Arbeitern sehr schnell auf den Punkt: „Deswegen bin ich hier, um zu sagen: Ich werde alles tun, dass dieses Chemiedreieck erhalten bleibt und eine Zukunft hat. Dies ist eine Kernregion im wiedervereinigten Deutschland.“ Und er fügte hinzu: „Sie können stolz darauf sein, was Sie in Jahrzehnten unter schwierigsten Bedingungen geleistet haben. Sie haben dabei nicht auf der Sonnenseite deutscher Geschichte gestanden. Aber Sie haben unter den gegebenen Voraussetzungen Beachtliches geleistet. Gehen Sie davon aus, dass wir und ich persönlich das nicht vergessen.“ Der Bundeskanzler und der ebenfalls anwesende Chef der IG Chemie, Hermann Rappe, zeigten sich darin einig, dass der unausweichliche Strukturwandel nicht nur effizient „gemanagt“ werden muss, er muss an kritischen Punkten auch aktiv gestaltet werden. „Industrielle Kerne“ und ihr Erhalt standen ab sofort mit auf der Tagesordnung von Wirtschaftspolitik und Treuhandanstalt.

Bei der Abarbeitung dieser Tagesordnung spielte die Treuhandanstalt eine Schlüsselrolle. Sie stand zwischen Politik und Betroffenen und musste den Weg, zu dem es keine Alternative gab, im Auftrag der Politik in praktisches Handeln umsetzen. Dass dieser Weg über viele, manchmal zu viele Brüche mit gewachsenen Strukturen und oft kaum vorstellbare Zumutungen für die Betroffenen führte, war nicht die Schuld der Treuhand, sondern das Erbe eines menschenverachtenden Regimes, das eine ganze Volkswirtschaft jahrzehntelang auf Verschleiß und Wertverlust gefahren und damit am Ende auf den wirtschaftlichen Nullpunkt gebracht hatte. Der erwähnte Schürer-Bericht betätigte dies mit schonungsloser Offenheit. Und wer das nicht wahrhaben will, der sollte sich vergegenwärtigen, dass 1970 in der DDR-Chemie 10 000 Menschen für die laufenden Reparaturen benötigt wurden, 1988 dagegen bereits 60 000, also ein Fünftel aller Beschäftigten, um eine Industrie noch am Laufen zu halten, bei der schon lange nicht mehr in Modernisierung, Umweltverträglichkeit und Produktivität investiert wurde, sondern die die Menschen in ihrer umweltzerstörten Region nur noch krank machte und jede Art von Wirtschaftlichkeit längst verloren hatte.

Kein Zweifel: Für diesen tief greifenden Umbau und Übergang einer ganzen Volkswirtschaft aus sozialistischer Planwirtschaft in freiheitlichen, offenen Wettbewerb innerhalb weniger Jahren gab es keine Parallele. In diese Wirklichkeit hinein musste die Treuhandanstalt einen nahezu völligen wirtschaftlichen Neubeginn gestalten. Dass bei dieser Herkulesaufgabe Fehler unterlaufen sind, steht außer Frage, alles andere wäre angesichts der Größe der Herausforderung auch ein Wunder gewesen. Richtig ist allerdings auch, dass sich – anders als immer wieder behauptet wird – die kriminellen Verstöße gegen Recht und Gesetz bei genauem Hinsehen in erstaunlich engen Grenzen gehalten haben, auch wenn diese Feststellung kriminelles Handeln in jedem einzelnen Fall, in dem so gehandelt wurde, in keiner Weise relativiert oder erträglich macht. Festzuhalten bleibt, dass es bei 15 000 sogenannten großen Privatisierungen (Unternehmen

und Betriebsteile), weiteren 25 000 kleinen Privatisierungen (Gaststätten, Hotels, Ladengeschäfte, Kinos etc.) und 4 000 Reprivatisierungen nach den von Barbara Bischoff und Thomas Wiepen 2010 zusammengetragenen Zahlen etwa 1 500 Ermittlungsverfahren gegeben hat, die letztendlich – je nach genauer Abgrenzung der erfassten Kategorien und Bereiche – zu 50 bis 100 gerichtlichen Urteilen geführt haben, wobei aus den statistischen Angaben nicht hervorgeht, ob auch Freisprüche gezählt wurden. Auch wenn man zusätzlich eine Dunkelziffer in Rechnung stellt, ist das angesichts der historischen Größe und Dringlichkeit der zu bewältigenden Aufgabe ein Befund, der eindrucksvoll dokumentiert, dass die Treuhandanstalt ihren Auftrag ungewöhnlich professionell und im Rahmen der vorgegebenen Regeln erfolgreich erfüllt hat.

Dies gilt umso mehr, als in weiten Teilen der bundesdeutschen Öffentlichkeit – wie so oft – Fehler, die bei dieser historisch dimensionierten Aufgabe nicht ausbleiben konnten, das kollektive nationale Gedächtnis stärker prägen als das, was hier im wahrsten Sinn des Wortes vom Kopf auf die Füße gestellt wurde. Karl-Heinz Paqué hat dies in seinem Buch „Die Bilanz“ von 2009 eindrucksvoll dargestellt. Festzuhalten bleibt: Weit über die Grenzen Deutschlands hinaus haben die Treuhandanstalt, das ihr zugrunde liegende Konzept sowie die Arbeit von Vorstand, Verwaltungsrat und Mitarbeitern zu Recht große Anerkennung erfahren.

Zentral war für die Bundesregierung die Kernidee, dass jedes Unternehmen grundsätzlich eine reale Chance haben muss, sofern Mindestvoraussetzungen dafür gegeben sind. Dies war der entscheidende Dreh- und Angelpunkt für die Umstrukturierung der ostdeutschen Wirtschaft. Daran hing die Glaubwürdigkeit der gesamten Politik für den Aufbau Ost. Sie war die Geschäftsgrundlage für die Regierung und für die Arbeit der Treuhandanstalt. Darüber bestand zu jedem Zeitpunkt Einigkeit zwischen den handelnden Personen in Bonn und in Berlin.

Die Herausforderung lag darin, dass die Erarbeitung von Sanierungskonzepten, deren Prüfung und Rückkopplung mit den betroffenen Unternehmen und ihrem Management sowie die Suche nach geeigneten Investoren Zeit benötigte – Zeit für das Überleben, die im wahrsten Sinn des Wortes gekauft werden musste. Von daher mussten sich Bundesregierung und Treuhand mit Finanzierungsgrößenordnungen von vielen Milliarden anfreunden, die zur Umsetzung einer solchen glaubhaften Strategie unabweisbar war. Kernpunkt: Kein vertretbares, sinnhaftes Sanierungskonzept darf an fehlendem Geld scheitern.

Aber es ging nicht nur um Geld für das Überleben und die Sanierung ostdeutscher Unternehmen. Es ging auch um die soziale Abfederung und finanzielle Unterstützung für diejenigen, deren Unternehmen Personal reduzieren mussten oder keine Aussicht auf Sanierung beziehungsweise Investitionen durch private Investoren hatten, also eher früher als später stillgelegt werden mussten. Auch hier waren völlig neue Wege zu beschreiten: Nachdem anfangs die Kurzarbeit mit fast zwei Millionen Beschäftigten den größten Puffer zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit darstellte, gab es drei Jahre später über



300 000 Teilnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und mehr als 600 000 Empfänger von Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld sowie 250 000 Menschen in Fortbildung, Umschulung oder Einarbeitung – insgesamt also über eine Million Menschen zwischen Ostsee und Erzgebirge, die ohne die Hilfe dieser staatlichen Auffangmaßnahmen die Zahl der Arbeitslosen noch weiter nach oben getrieben hätten. Das wollte die Politik mit allen Mitteln verhindern – mit der Konsequenz, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in einer Dimension zu ergreifen, die man sich kurz zuvor noch nicht hatte vorstellen können. Festzustellen war ein breiter Konsens in Politik und Gesellschaft, dass in dieser historisch einmaligen Umbruchsituation einer ganzen Volkswirtschaft der Umfang sozialer Hilfsmaßnahmen an die Größe der geschichtlichen Herausforderung angepasst werden musste.

Diese dramatischen Um- und Einbrüche, vor allem in der Industrie, zogen in kürzester Zeit tief greifende Veränderungen nach sich – von Unternehmens- und Wirtschaftsstrukturen, von Städten und Regionen – die es so im Deutschland der Nachkriegszeit weder vorher noch nachher gegeben hat. Den betroffenen Menschen ist an vielen Brennpunkten des Aufbaus Ost mehr abverlangt worden als eigentlich zugemutet werden darf. Wenn es dennoch gelungen ist, auf nahezu allen Baustellen dieses Aufbaus Chancen für Umstrukturierung, für neue Lösungen, für Arbeitsplätze mit Zukunft aufzutun und möglich zu machen, dann hat das entscheidend mit den Betriebsräten der ostdeutschen Industriebetriebe zu tun. Sie und die von ihnen vertretenen Belegschaften hatten die mit Abstand größte Last des wirtschaftlichen Strukturumbruchs zu tragen. Denn ihre Unternehmen standen von Anfang an in der Zugluft des internationalen Wettbewerbs. In nahezu allen Industriebetrieben mussten veraltete Maschinen und Anlagen sowie die dazugehörigen Organisationsabläufe vollständig umgekrempelt und erneuert werden – und dies in aller Regel nicht in einem schrittweisen, über Jahre laufenden Veränderungsprozess, sondern bruchartig, oft in wenigen Monaten.

Das Schwierigste war dabei, dass Veränderung und Erneuerung fast ausnahmslos mit einer drastischen Reduzierung der Belegschaft einhergingen. Verluste von mehr als 50 Prozent der Arbeitsplätze waren nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Nur so konnten in den allermeisten Unternehmen international übliche Produktivitätsstandards erreicht werden, die ihrerseits die Voraussetzung für wettbewerbsfähige Preise und Angebote und damit für die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens waren. Wer einmal solche tief greifenden Veränderungsprozesse zumindest ein Stück weit begleitet hat, wer selbst an Verhandlungen über zukunftssichernde, gleichzeitig aber auch über abzubauen, das heißt, nicht zukunftsfähige Arbeitsplätze teilgenommen hat, der kann erahnen, was Belegschaften und Betriebsräte in Ostdeutschland geleistet haben, was ihnen abverlangt wurde – Zumutungen, die in Westdeutschland unbekannt, nicht vorstellbar, eben unzumutbar waren.

Das eigentlich Unglaubliche aber ist, dass diese Industriebetriebsräte, die bis vor Kurzem nie mit Strukturumbrüchen und Arbeitslosigkeit zu tun hatten,

einen erstaunlichen, für mich oft überraschenden Sinn für Realitäten an den Tag legten – verbunden mit einem allem anderen übergeordneten Ziel: der Sicherung der Existenz des eigenen Unternehmens. Wenn dieses Ziel durch neue Investoren oder durch Bereitstellung von Treuhandgeld für Modernisierung und Qualifizierung erreichbar war, dann waren ostdeutsche Betriebsräte fast ohne Ausnahme kooperationsbereit, auch wenn in der erneuerten Firma nur noch für einen Teil der Arbeitskollegen Platz war. Sie übernahmen Verantwortung für ihr Unternehmen, und sie ließen sich davon auch nicht abbringen, weder von politischen Stimmungsmachern noch von übergeordneten oder ideologischen Interessen der eigenen Gewerkschaft.

Fazit: Ohne diese Industrie-Betriebsräte hätte der Aufbau Ost nicht stattgefunden. Denn was nützen Millionen oder Milliarden auf einem Treuhand- oder Regierungskonto, wenn keiner mitmacht? Die Ost-Industrie-Betriebsräte hatten diesen Mut mitzumachen, auch wenn das, was von ihnen zu leisten war, mehr war, als Menschen zugemutet werden darf. Die öffentliche Wahrnehmung und Würdigung dieser historischen Leistung steht noch aus.

Und was ist aus alledem geworden? Gibt es sie, die „blühenden Landschaften“, von denen Helmut Kohl 1990 gesprochen hat?

Kein Zweifel, wenn man sich an die deprimierende Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus von 1989/90 erinnert und sich vor Augen hält, was in den folgenden zehn, zwanzig, fünfundzwanzig Jahren zwischen Elbe, Oder und Eichsfeld um-, auf- und neu gebaut wurde, dann beantwortet sich diese Frage von selbst. Dass diese Vision des Aufbaus Ost von manchen als Kurzfristprognose missverstanden worden ist und bei zu vielen nicht realisierbare Erwartungen geweckt hat, gehört auch zur Realität des Neubeginns in Ostdeutschland.

Es gibt noch eine andere wichtige Veränderung: Deutschland ist im Gefolge der Wiedervereinigung größer geworden, und dieses größere Deutschland ist in Europa in eine ebenfalls größere, führende Rolle hineingewachsen. Unsere Nachbarn und Partnerländer sind für uns als Abnehmer unserer starken Exporte noch wichtiger für uns geworden – und wir durch Waren und Dienstleistungen, die wir von ihnen beziehen, natürlich auch für sie: ein Austausch, ohne den unser heutiger Wohlstand nicht denkbar wäre. Diese engen wirtschaftlichen Verbindungen schaffen eine noch engere wechselseitige Partnerschaft, wirtschaftlich wie politisch. Und in dieser Partnerschaft ist unsere Verantwortung als größtes Land in der Mitte Europas spürbar größer geworden. Hier kommen neue Anfragen und Erwartungen auf uns zu, denen wir nicht ausweichen können. Es ist schön, im vereinigten Deutschland Wohlstand, Respekt und Anerkennung zu erfahren, sie bringen aber im Begleitgepäck etwas anderes unausweichlich mit sich: ein Mehr an Verantwortung, auch für das, was jenseits unserer Grenzen geschieht. Die aktuelle Herausforderung der Bewältigung der Flüchtlingsströme von der anderen Seite des Mittelmeers im 25. Jahr nach der Wiedervereinigung und der Neugestaltung der Mitte Europas lässt dies unmissverständlich erkennen.